

Bayern

'Vormaulen, nachmaulen - und dann Mutti helfen'

Im Streit um den Euro-Rettungsschirm geht Grünen-Fraktionschef Martin Runge mit den Berliner Kollegen hart ins Gericht. Er fordert seine Partei auf, sich auch mal stärker von den politischen Gegnern abzusetzen

Interview: Frank Müller

SZ: Herr Runge, kleines Euroquiz: Von wem stammt das Zitat: 'Der ESM ist ein Putsch gegen die Demokratie'?

Martin Runge: Von den Linken, vom Verein Mehr Demokratie, aber auch von Peter Gauweiler.

Und von Hubert Aiwanger. Auch von Martin Runge?

Ich habe es noch nicht so heftig ausgedrückt. Was mir aber schon sehr Sorge macht, ist die massive Demokratieverkürzung und Demokratiegefährdung, die mit den ganzen sogenannten Rettungspaketen einhergeht. Wenn man das Vorgehen als Putsch oder Staatsstreich bezeichnet, findet das auch seine Begründung in den letzten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts. Die Richter haben gesagt, Deutschland darf sich niemals einem Leistungs- und Haftungsautomatismus ausliefern. Genau das passiert. Wenn wirklich so massiv und dauerhaft Kompetenzen abgegeben werden sollen, dann haben das nicht der Bundestag und der Bundesrat, zumal im Schweinsgalopp, zu entscheiden. Dann muss das nach Artikel 146 des Grundgesetzes durch eine Volksabstimmung entschieden werden.

Das bedeutet: Wer das Verfahren so vorantreibt, wie es jetzt passiert, gefährdet die Demokratie?

Ja, mit Sicherheit ist die Demokratie in vielerlei Hinsicht gefährdet. Erstens werden extrem wichtige Dinge in Exekutivzirkeln ausgehandelt, über die Verträge wird dann ganz kleinen Runden unheimliche Macht an die Hand gegeben. Die Parlamente werden ausgehebelt. Auf Klage der Grünen-Bundestagsfraktion soll es da jetzt Verbesserungen geben, aber die sind womöglich nicht viel wert, droht doch schnell wieder das Diktat der Alternativlosigkeit.

Aber als alternativlos betrachtet das auch der Großteil Ihrer eigenen Abgeordneten in Berlin.

Es ärgert mich sehr, wenn in der Politik immer mit der Alternativlosigkeit argumentiert wird. Das passiert ja auch bei anderen Baustellen, zum Beispiel bei der zweiten S-Bahn-Röhre in München. Wenn alles alternativlos sein soll, dann können wir Parlamentarier einpacken. Dann reicht eine kleine Runde, die uns verwaltet. Dann brauchen wir keine Debatte und müssen uns nicht anstrengen, über Lösungswege nachzudenken.

Lässt sich Ihre eigene Partei auch zu stark einspannen in diese Zwänge?

Mit dem, was unsere Bundestagsfraktion macht, bin ich bekanntlich nicht einverstanden. Es wird vorgemault, es wird nachgemault - und dann doch das getan, was Mutti Merkel sagt und will. Es mag für manche der Entscheidungen gute Gründe geben, aber dann hätten die Grünen sie mit Bedingungen verknüpfen müssen: mit Regulierung der Banken, damit die uns nicht weiter auf der Nase herumtanzen. Und mit einem Stopp der Umverteilung von unten nach oben. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist die staatstragende Attitüde mancher Kolleginnen und Kollegen in unserer Bundestagsfraktion. Ganz grundsätzlich halte ich es für den falschen Weg, eine Schuldenkrise mit immer weiteren Schulden beziehungsweise Haftungsrisiken, mit dem Fluten mit riesigen Geldmengen und mit dem Generieren eher künstlichen Wachstums bewältigen zu wollen.

Wie geht es einem denn als Fraktionschef der Grünen, wenn man mehr von Aiwanger und Gauweiler gelobt wird als von den eigenen Leuten?

Es geht um die Sache, und da können Sie den Bogen ganz weit spannen. Es gibt in jedem Lager Gegner dieser sogenannten Euro-Rettungspolitik, bei der Linken, bei der SPD. Und eben auch bei uns Grünen. Es muss erlaubt sein, eine eigene Meinung zu haben. Die Grünen-Bundestagsfraktion hat ganz andere Auffassungen als wir im Landtag. Bei uns gibt es zum Beispiel einen klaren Beschluss gegen Euro-Bonds. Es gibt auch bei den Kreisverbänden großes Unwohlsein über unsere derzeitige Politik in Berlin. Das merke ich etwa bei meinen Veranstaltungen an der Basis. Zahlreiche Kreisverbände fordern eine Sonder-Bundesversammlung zur Schulden- und Finanzmarktkrise. Das halte auch ich für richtig.

Wer gegen den aktuellen Kurs auftritt, wird sehr schnell als populistisch abgestempelt. Geht Ihnen das auch so?

Ich war und bin überzeugter Anhänger der europäischen Integration. Wir sagen ja zur Solidarität - die EU war schon immer auch eine Transferunion, das ist auch gut so. Aber ein klares Nein zur Haftungsunion. Veranlassen, verantworten und haften, das gehört zusammen. Anders kann es nicht funktionieren. Auch überzeugte Europäer müssen kritische Fragen stellen dürfen. Der Populismusvorwurf ist ein Totschlagargument.

Das sagt Gauweiler auch.

Da hat er recht.

Kommt irgendwann für Sie der Punkt zu sagen: Kurs der Partei und mein Amt passen nicht mehr zusammen?

Es tun sich immer wieder Problemstellungen auf, wo es keine einfachen Lösungen, keine Patentrezepte, kein Schwarz-Weiß gibt. Beim Kosovo-Konflikt und bei Afghanistan war ich auch anderer Auffassung als die Mehrheiten bei uns. Aber ich bin eben überzeugter Grüner und von Anfang an dabei, seit wir uns 1 am Nockherberg in München und dann 1 in Karlsruhe gegründet haben. Die Grünen sind meine Heimat, aber ich versuche innerhalb der Partei etwas zu ändern. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Grünen eher darunter leiden, wenn wir nichts anderes anzubieten haben, als in der Konsenssoße mit Union, SPD und FDP mitzurühren. Gerade in der jetzigen Schulden- und Finanzmarktkrise sollten wir Grüne unseren wachstumsskeptischen und systemkritischen Ansatz wieder stärker zur Geltung bringen.

Muss Griechenland den Euro verlassen?

Meines Erachtens hätte man schon am Anfang der Krise die Option, dass Griechenland von sich aus den Euro verlässt oder eine Parallelwährung einführt, eröffnen müssen. Fakt ist, dass mit der ganzen Retterei zwar immense Risiken auf die Steuerzahler abgewälzt wurden, dass es aber weder Griechenland, noch den Menschen dort besser geht. Die Wettbewerbsfähigkeit ist nicht gestiegen, die Schuldenkrise nicht im Griff und die Finanzmärkte haben sich nicht beruhigen lassen, im Gegenteil. Da muss es erlaubt sein, die bisherigen Maßnahmen zu hinterfragen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Montag, den 6. August 1, Seite